

Diskussion : "Recht auf Arbeit" oder Arbeitspflicht?

Autor(en): **Lötscher, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diskussion

Peter Lötscher

„Recht auf Arbeit“ oder Arbeitspflicht?

Wer faulenz, schadet der Heimat. Das ist die populäre Meinung. Aber sie ist falsch. Denn es gibt in der heutigen Überflusgesellschaft unter denen, die arbeiten, viel mehr „Parasiten“, als unter jenen, die nicht arbeiten. Das vielgerühmte Arbeitsethos in unserer Wirtschaft verkehrt sich dort zum verlogenen Mythos, wo Ramsch und Rüstungsartikel produziert werden. Trotzdem sind sich Unternehmer- und Gewerkschaftskreise, Regierungen in Ost und West darüber einig, dass „Aussteiger“ asoziale Wesen seien. In Wirklichkeit meinen sie alle „Pflicht zur Arbeit“, wenn sie „Recht auf Arbeit“ sagen.

Es war eine unerhörte Provokation, als die rebellierende Jugend unter der Parole „Arbeit ist Verrat am Proletariat“ zum 1. Mai aufmarschierte. Gewerkschaften und Linksparteien schossen aus vollen Rohren gegen solchermassen bekundete „Arbeiterverachtung“, und je linker die Organisation, desto härter die Presseverlautbarung. Die Einmütigkeit vom rechten Freisinn bis hin zur kommunistischen PdA gegen die Leistungsverweigerung eines Teils der Jugend hat frappierende Ähnlichkeiten in den Ordnungsvorstellungen offengelegt. Das war nicht immer so.

Noch in den Dreissigerjahren hiess eine weitverbreitete Flüster-Maxime in der Arbeiterschaft: „*Wer arbeitet und sich nicht drückt, ist verrückt.*“ Und auch den Gewerkschaften und den Linksparteien stand nichts ferner, als ihren Mitgliedern die Liebe zur Arbeit einzuflössen. Wenigstens bis zur Burgfriedenswende, die mit dem Friedensabkommen von 1937 in der Maschinenindustrie eingeleitet wurde, war es ihr höchstes Anliegen, die verhasste Lohnarbeit möglichst zurückzudrängen. Aber der historische Gesinnungswandel gegenüber der Arbeit vollendete sich bis zu solcher Reife, dass es dem SGB 1954 sogar einfiel, die Initiative des Landesrings für die 44-Stundenwoche zu bekämpfen. Fortan stand nur gerade noch die 40-Stundenwoche als quasi „natürliche Grenze“ für Arbeitszeitreduktionen am Horizont. Die Arbeit als solche wurde seither als gesellschaftliche Notwendigkeit selbst unter kapitalistischen Bedingungen bejaht und aktiv propagiert. Die Fabrikdisziplin, die noch in den Zwanzigerjahren den Arbeitern ländlicher Herkunft von ihren Brotherren hatte eingetrichtert werden müssen, wurde mehr und mehr ins positive Selbstver-

ständnis der Arbeiterschaft eingebaut und lebt heute als verinnerlichte Selbstdisziplin, als „Arbeitsethos“ fort.

Was Wunder, dass gerade die Arbeiterschaft von den Parolen der „Krawalljugend“ am empfindlichsten getroffen worden ist. Niemand lässt sich gerne sagen, dass seine soziale *raison d'être*, eben die Lohnarbeit, nicht auf einem Recht, sondern in Wahrheit auf einer Pflicht beruht, der er sich nur bei Strafe der öffentlichen Verachtung oder im Extremfall sogar der administrativen Verwahrung entziehen kann. Und niemand lässt sich - mit Nietzsche zu sprechen – gerne unterstellen, er habe ein unwürdiges „*Herdendasein*“ zum „*moralisch maskierten Wohlbehagen*“ umgelogen. Aber ebendies ist der etwas vornehmer formulierte Inhalt der Jugendparole „*Arbeit macht dumm*.“

Dass sich das Joch der Arbeit mit einer moralischen Patina überpinselt hat, der wir gar nicht mehr inne werden, dient dem Funktionieren jeglicher Wirtschaftsordnung. Denn jegliche bisherige Ordnung müsste zusammenbrechen, wenn „die da unten“ den Müssiggang „der dort oben“ plötzlich nicht mehr bloss moralisch missbilligen, sondern moralfrei und lebensgenüsslerisch für sich selbst beanspruchen würden. Aber vorderhand gilt noch die Norm „*Was Jupiter ziemt, ziemt dem Ochsen nicht*“. Wenn aber die Ochsen begreifen, dass sie Ochsen sind, sind sie eben keine Ochsen mehr. Wer hat Interesse, diesen Erkenntnisgang zu vereiteln?

Die Arbeiterbewegung – eine Disziplinaranstalt?

Vollbeschäftigung ist kein kapitalistisches Postulat. Die frühen Theoretiker des Kapitalismus wie Ricardo und Smith wussten sehr wohl, dass die ruhelose Bewegung des Kapitals auf seiner Suche nach dem maximalen Profit auch die ständige Vernichtung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen zur Folge hat. Für Marx war es selbstverständlich, dass diese „Oszillation des Kapitals“ auch eine ständige Mobilisierung und Demobilisierung von „industriellen Reservearmeen“ bedingt. Der Vollbeschäftigungs-Mythos, demgemäss jedes Glied der Gesellschaft in den Leviathan „Wirtschaft“ eingespannt zu sein habe, ist auf dem Boden der Weltwirtschaftskrise 1929-33 und ihrer sozialen Unrast entstanden.

Der englische Ökonom J.M. Keynes entwickelte die Theorie des antizyklischen Staatsinterventionsismus zur Animierung der privaten Wirtschaftstätigkeit, und der amerikanische Präsident Roosevelt setzte diese Theorie seit 1933 vorbildhaft in die Politik des „New Deal“ um. Aber während bürgerlicherseits diese Politik immer wieder und in neuester Zeit wohl am härtesten von den „Chicago Boys“ um Milton Friedmann bestritten wurde, hat sich die Arbeiterbewegung so in den Dirigismus des Super-Kapitalisten „Staat“ verliebt, dass sie für die Vollbeschäftigung eine ganze Menge von Freiheitsräumen zu opfern

bereit war. Während auch das schweizerische Unternehmertum eine gewisse Arbeitslosen-Rate für normal und gesund betrachtet, ist dieses Thema namentlich von der Gewerkschaftsbewegung bis zu einer eigentlichen Marotte tabuisiert worden. Dass es den Arbeiterorganisationen weniger um das individuelle Glück ihrer Mitglieder als vielmehr um die Macht ihrer Apparate und Funktionäre gehen dürfte, mögen zwei Beispiele aus dem Ausland erhellen.

Vor drei Jahren hörte ich – allerdings in einem sehr kleinen Kreis von Teilnehmern – einige Ausführungen eines Bundesvorstandsmitgliedes der deutschen SPD zur Wirtschaftslage. Danach wäre es volkswirtschaftlich billiger, die Grubenarbeiter im Kohlenrevier samt und sonders zu pensionieren, ihnen bis ans Lebensende den vollen Lohn weiterzuzahlen und die im günstigeren Tagebau geförderte Kohle aus Polen zu importieren. (Energiepolitische Aspekte fielen nicht in Betracht.) Aber die Kumpels gehörten eben zur klassenbewusstesten Basis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, und ihre Freistellung vom Arbeitsprozess müsste mittel- und längerfristig die Basis von Partei und Gewerkschaften schwächen. Daher seien solche Lösungen politisch unerwünscht.

Zu selber Zeit hatte ich Gelegenheit, eine Fabrik der Metallindustrie in der DDR zu besichtigen. Mit Stolz erklärte der Gewerkschaftssekretär die innerbetrieblichen Errungenschaften: Aufsplitterung der Fliessbandfunktionen in abgeschlossene Arbeitsplätze mit individueller Tempo-Bestimmung, grosszügige Pausenzeiten, luxuriös ausgestattete Kantine und Pausenräume, reichhaltige Kultur- und Sozialangebote, usw. Die Frage allerdings, welcher Anteil der Belegschaft denn „produktiv“ arbeite, löste peinliche Berührung aus: Es waren 65 %. In der Tat dürfte die Arbeitslosenrate in den osteuropäischen Staaten hinter jener des Westens nicht zurückstehen, wenn mit hiesiger Produktivität gearbeitet würde. So verbringen Millionen von Arbeitern in Osteuropa viel verschleuderte Arbeitszeit in ihrem Betrieb unter den wachsamen Augen der Gewerkschafts-, Betriebs- und Parteiorgane, statt sie auf eigene Faust und nonkonform ausserhalb zu verbringen. Auch im Sozialismus gilt: Ohne Fabrikdisziplin keine gesicherte Klassenbasis.

Auch hierzulande sind es nicht die Wirtschaftskapitäne, die den Drang der Jugend aus der Arbeitsdisziplin, und sei es auch nur hin zur Halbtagsarbeit, in erster Linie bekämpfen. Sondern die Linke selbst hält an einem Arbeitsethos fest, mit dem sie die Jugend erobern will und sie dabei doch nur verliert. Denn grosse Teile der Jugend, nicht nur der rebellierenden, haben begriffen, dass der Vollbeschäftigungsmythos sowohl hinsichtlich der individuellen Lebensgestaltung als auch hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit reaktionäre und lebensfeindliche Züge trägt. Die Jugend will heute wenigstens eine Hälfte jener bukolischen Idylle verwirklichen, die Marx vor über 100 Jahren

versprochen hat: Morgens Jagen, nachmittags Fischen! Die Jugend weiss, dass dies die einzige Möglichkeit ist, aus dem destruktiven Teufelskreis von Konkurrenz und Wachstum herauszukommen.

Ohne Rüstung keine Vollbeschäftigung

Eine Arbeitsethik hat nach den Zielen der Produktion zu fragen. Gute Arbeit für schlechte Zwecke ist unmoralischer als schlechte Arbeit für gute Zwecke. Die Kampagne des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes SMUV gegen die Waffenausfuhrverbots-Initiative hatte schlagartig wieder klargemacht, dass die Forderung nach Vollbeschäftigung um jeden Preis gefährliche Folgerungen nach sich ziehen kann. Man muss nicht auf Hitlers Vollbeschäftigung dank Kriegsvorbereitung zurückgreifen, um die Gefahr der Kriegstreiberei in der Vollbeschäftigungsforderung nachzuweisen. Auch der demokratische „New Deal“ kam erst richtig auf Touren, als die amerikanische Wirtschaft sich auf die Belieferung der Alliierten mit Rüstungsmaterial einrichten konnte. Und selbst die Rüstungsziele der Reagan-Administration sind mit der subjektiven Kriegsfreudigkeit dieser Kreise bloss ungenügend erklärt. Vielmehr stellt sich in den mit Konsumgütern überladenen USA die Frage, wie die sozial destabilisierende Arbeitslosigkeit absorbiert werden könne, wenn nicht in erhöhter Rüstungsproduktion.

Es besteht kein Zweifel, dass eine sofortige Abrüstung in Ost und West riesige Massen von Arbeitern aus dem Produktionsprozess würde, die nicht ohne weiteres in neue Sektoren eingegliedert werden könnten. Die bisherige Organisation der Staaten hüben und drüben würde über den Haufen geworfen. Daran ist niemand interessiert, der einen Platz an der Sonne hat. So muss denn offenbar weitergerüstet werden. So haben die Völker gemäss der Logik ihrer Führer die Tretmühle „Wirtschaft“ weiterzutreten, die *„heute den Lebensstil aller Einzelnen ..., nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen, mit überwältigendem Zwang bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“*, wie der deutsche Soziologe Max Weber voraussah, bemerkenswerterweise schon vor über 50 Jahren.

Schweiss ist die Träne der Arbeit und stinkt

Marx hatte sich von der „despotischen Disziplin“ des frühkapitalistischen Fabrikregimes die Herausbildung einer Klassendisziplin des Proletariats erhofft, aber freilich nicht die fromme Disziplin von Schafsherden, sondern von Kämpfern gegen das System. Die Arbeitswelt sollte jener archimedische Punkt sein, an dem der Kapitalismus aus den Angeln gehoben werden würde. Der Wille der Arbeitenden, ihre Tätigkeit aus den Fesseln der kapitalistischen Fremdbestimmung zu lösen, sollte zum grossen moralischen Movens der politischen Revolution werden. Aber eine Mehrheit der Arbeiter gibt heute vor,

ihre nach wie vor fremdbestimmte Arbeit zu lieben.

Seit Marx hat sich antikapitalistische Politik (sowohl sozialdemokratische als auch kommunistische) mehr und mehr von der Arbeitswelt als zentralem Thema entfernt und sich dem klassischen Bereich des Staates zugewandt. Gleichwohl ist die liturgische Formel geblieben, dass in Änderungen der Arbeitswelt das helle Antlitz einer bessern Zukunft vorzuformen sei. Die Sozialdemokraten tendieren entweder zur „Mitbestimmung“ oder seit kurzem zur „Selbstverwaltung“, die Kommunisten halten es mit der „Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum“. Alle meinen sie, damit die „Entfremdung der Arbeit“ aufheben zu können. Als ob sich für den einzelnen Arbeiter und für seine konkrete Arbeit viel ändern würde, wenn der Chef nunmehr ein delegierter Funktionär würde, denn *„für das Volk wird es keineswegs leichter, wenn der Stock, mit dem man es schlägt, Stock des Volkes genannt wird“*, wie schon Bakunin wusste.

Auf der nun einmal erreichten Stufe von Arbeitsproduktivität und Arbeitsteilung grenzt es an Betrug, den Arbeitern zu versprechen, sie könnten irgendwann wieder eigener Herr und Meister ihrer Arbeit werden. Die Arbeit wird für den Werktätigen am Fusse der Hierarchie undurchsichtig und entfremdet bleiben. Oder wie Brecht es illustrierte: Der Arbeiter glaubt sein Leben lang, Teilchen für Nähmaschinen zu produzieren, die dann – ausserhalb seines Überblicks – zu Maschinengewehren montiert werden. – Wenn aber die Arbeitswelt nicht der Ort der Befreiung sein kann, muss man sie aufs gesellschaftlich absolut notwendige zurückdrängen!

Aber die heutige Tendenz in Ost und West ist – trotz Mitterands Programm der 35-Stundenwoche – gegenläufig. Weil man die Menschen nicht allzu offensichtlich Schutt und Müll produzieren lassen kann, zwingt man sie zusehends in sinnlose Bereiche des sogenannten dritten Sektors, wo sie zwar nichts produzieren, aber doch wie aufsässige Kinder „beschäftigt“ sind. André Gorz erhellt schlagend die Ruhe-und-Ordnungs-Funktion solcher überflüssiger „Vollbeschäftigung“: *„Zwei Mütter passen gegenseitig auf ihre Kinder auf, und jede bezahlt die andere für diesen Dienst. In den Augen der Ökonomen wächst dadurch das Bruttosozialprodukt um zwei Gehälter, während in Wirklichkeit nicht produziert worden ist – im Gegenteil. Auf ganze Bereiche unserer Gesellschaft hat sich diese Art von Tauschgeschäften schon ausgedehnt. Und damit das ‚Beschäftigungsvolumen vergrössert wird‘, verheisst man uns noch Schlimmeres: Jeder wird als Vollzeit-Job langweilige Aufgaben im Dienste der anderen erfüllen, um die ebenso unangenehmen Dienste bezahlen zu können, die andere für ihn leisten. Wären nicht alle besser dran, wenn jeder nicht mehr Geld, sondern mehr Zeit hätte, um sich mehr um sein eigenes Leben und das der Gemeinschaft und seiner Kommune kümmern zu können?“* – Ebendas verlangt die rebellische Jugend!

Gewiss ist auch der Freizeitsektor „klassenmässig“ besetzt. Als Reproduktionssphäre der Arbeitskraft ist auch er ein Ort, wo Mehrwert geschöpft wird. Aber viel entscheidender ist wohl, dass im Freizeitsektor allenthalben gesellschaftliche Disziplin eingeübt wird, fast so gut wie am Arbeitsplatz. Man denke an die wohlausgerichteten Liegestuhlreihen von Sylt bis Sotschi, an die armeemässige und entindividualisierte Entstressung bei den Reussen so gut wie bei den Preussen, an die gesellschaftliche Ächtung dessen, der nicht braungebrannt zum Stollen zurückkehrt, usw. Von der Freizeit ist gar nichts Emanzipatorisches zu erwarten, solange sie nur der Appendix der Arbeitswelt ist, solange sie nichts mehr ist als die älpliche Sömmerung abgemelchter Kühe zwecks künftiger Normerfüllung. Emanzipation aus den Zwangsstrukturen ist wohl erst dann erreicht, wenn der Begriff der Freizeit gefallen ist. Wenn der Begriff der Zwangszeit eingeführt und es auch sprachlicherweise Volksgut geworden ist, dass wir arbeiten, um zu leben, statt wie bisher umgekehrt.

Für eine „romantische“ Revolution!

Jedermann weiss, dass die elektronische Revolution Millionen von Arbeitsplätzenüberflüssig machen wird. Ist das denn nicht ein Segen? Aber (fast) jedermann sucht verzweifelt nach neuen Arbeitsmöglichkeiten. Es steht die grosse Furcht ins Haus, die Ausgliederung dieser Millionen aus dem Arbeitsprozess möchte soziale Bewegungen auf die Strasse treiben, wie sie etwa dem Faschismus vorausgegangen sind. Freilich, diese Gefahr ist nicht auszuschliessen, wenn man diese Millionen mit denselben Wertvorstellungen, wie das hochkonjunkturelle „Arbeitsethos“ sie verkörpert, aus der Produktion entlässt. Eine Umkehr in der Wert-diskussion tut not. Nicht-arbeiten oder wenig arbeiten muss im gesellschaftlichen Bewusstsein vom Ruch der Schädlichkeit befreit werden. Wer unproduktive Nachbarschaftshilfe betreibt, wer ohne produktiven Zweck Altgriechisch und Astronomie studiert, wer einfach ein freundlicher Mensch ist, soll den Status eines nützlichen Mitglieds der Gesellschaft haben können. Diese Werte sind vor allem in der Arbeiterbewegung zu entdecken, das Bürgertum hat sie in vielen Formen – vom Rentier – bis zum Jet Set-Dasein – bereits eingeübt.

Selbstverständlich hat eine solche Taktik zur Bewältigung der Zukunftsprobleme „romantische“ Züge und muss daher auf den schärfsten Widerstand der rationalistischen Wachstümler auf der Kapital- wie Arbeitsseite stossen. Aber wenn diese mit ihrem gar nicht so rationellen Rationalismus am Ende sind, empfiehlt es sich vielleicht, mit sanften Methoden wie dem Leistungs- und hohen Statusverzicht schon heute Zeichen zu setzen. Bei einem dank „Chips“ gleichbleibenden Sozialprodukt ist die ausgeglichene Versorgung der Bevölkerung nur eine technische Frage der Sozialversicherung usw., worunter allerdings – ich gebe es zu – „schleichende“ Systemveränderungen in Ost und

West sich verbergen;-ob darum auch in Ost und West die Protestjugend immer auf harte Repression stösst?

Arbeit in Ost und West unterscheidet sich voneinander allenfalls in den Köpfen ihrer Theoretiker. Marx' kopernikanisches Erlebnis, dass in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit das Gesetz der Geschichte sich verberge, kann intellektuell nachvollzogen werden. An der sinnlich-stofflichen Beschaffenheit eines tatsächlichen Arbeitsplatzes ändert sich gar nichts. Jeder Arbeiter weiss das. Die Aussicht auf „sozialistische Arbeitsdisziplin“ lockt ihn etwa ebenso, wie ihn die unausgesetzte Verheissung erfreut, dass er nicht nur ein Arbeiter, sondern ein Mitglied der heroischen oder tendenziell heroischen Arbeiterklasse sei. Gefitzt durch Erfahrung und Anschauung weiss er doch, dass jegliche gesellschaftliche Pyramide ihn als Sockel voraussetzt, dass jedes Modell von gesellschaftlicher Ordnung zuallererst ihm einen unverrückbaren Platz zuweist und dass seine Revolte gegen Mühe und Schweiß kapitalistischer Schinderei die grosse Chance hat, in eine „geschichtlich höhere Stufe“ von Fremdbestimmung zu münden.

Die Arbeiter haben allen Grund der „reaktionären“ These vom ewigen Herr und Knecht-Verhältnis anzuhängen. Und die rebellierende Jugend hat allen Grund, die „reaktionäre“ Forderung nach Abschaffung der Arbeit wieder in Diskussion zu bringen – auch wenn es nur dazu diene, der „kollektiven Intelligenz“ des Schweizer Sozialismus ein oder eventuell zwei Gedanken über den Sinn sozialistischer Politik abzurufen. Und zu allerletzt kann es der Sinn sozialistischer Politik sein, Einzel- und Gruppenrevolten gegen die Arbeitspflicht abzuwürgen, indem man etwa auf den Kollektivwillen der Arbeiterorganisationen hinweist, die Arbeitszeit per Gesetz oder GAV zu reduzieren. Die Leistungen dieser Kollektive sind zu kümmerlich, die Willensbekundungen allzu betulich und paternalistisch, als dass sie gegen eine wirkliche Bewegung der Kritik der Arbeit aufzutreten legitimiert wäre.

